



Große Mehrheit für den Bachelor in Jura – Experten sprechen sich für grundlegende Reform der Juristenausbildung aus

Hamburg, 19. November 2006 - Beim prominent besetzten Ersten Hamburger Symposium zur Juristenausbildung am 18. November war sich die große Mehrheit der über 100 Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft und Justiz einig, dass die aktuelle Ausbildung nicht mehr optimal auf den Arbeitsmarkt vorbereitet und dringend einer Reform bedarf.

Insbesondere von den Vertretern der Praxis wurde im Hamburger Ziviljustizgebäude eine Rückbesinnung auf die juristische Methodik, das wissenschaftliche Handwerkzeug und ein breites Allgemeinwissen gefordert. "Die Grundlagen sind viel wichtiger als eine zu frühe Spezialisierung", sagte Dr. Alexander von Kuhlberg, Leiter der Rechtsabteilung der Berenberg Bank. Anstoß für die Reform-Diskussion ist der europäische "Bologna-Prozess", der eine Umstellung der Studiengänge auf die Abschlüsse Bachelor und Master vorsieht. Der Präsident des Hanseatischen Oberlandesgerichtes Rapp wies im Hinblick auf die oft mangelnde Allgemeinbildung der Studienanfänger zugleich darauf hin, dass „auch Bologna das nicht richten kann, was Pisa nicht geschafft hat.“

Die Einführung gestufter Studiengänge in der Juristenausbildung haben die deutschen Justizminister bisher einstimmig abgelehnt. Jüngst hat jedoch Nordrhein-Westfalens Justizministerin Müller-Piepenkötter von dieser Haltung Abstand genommen und auf die Notwendigkeit einer Reform und die damit verbundenen Chancen hingewiesen. "Es darf nicht sein, dass die deutsche Juristenausbildung sich abkoppelt von der europäischen Entwicklung", so der Präsident des Deutschen Anwaltvereines Hartmut Kilger. "Sich der Diskussion über eine Umstellung des Jurastudiums auf Bachelor- und Masterstudiengänge zu verweigern, wäre fatal."

Diese Auffassung wurde nun in Hamburg bestätigt. Statt des bisherigen 1. Staatsexamens solle der "Bachelor of Laws" das wissenschaftliche Studium an der Uni beenden und die Absolventen optimal auf den Berufseinstieg jenseits der klassischen Juristenberufe vom Richter bis zum Anwalt vorbereiten. Wer sich spezialisieren wolle, nicht notwendig juristisch, könne dies in einem anschließenden Master-Studium tun.

Ebenso eindeutig fiel das Votum der Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet für die Beibehaltung eines Staatsexamens als Zugangsvoraussetzung zu den reglementierten juristischen Berufen aus, das aber strenger als die heutige Prüfung sein müsse. Nur so könne die Qualität der juristischen Beratung und Streitentscheidung durch Anwälte und Richter für die Bevölkerung gesichert werden.

Entscheidend sei jedoch, dass der Bachelorabsolvent kein "Schmalspurjurist" werde. „Aber ebensowenig wie BMW nur den 7er baut, dürfen wir uns nur auf den Volljuristen konzentrieren. Und ebenso wenig, wie der 3er ein schlechtes Auto ist, ist der Bachelor-Jurist ein schlechter Jurist“, fasste die Ziele der Reform der angehende Hamburger Notar Jens Jeep zusammen, dessen umfassendes "4-Stufen-Model" zur Reform der Juristenausbildung auf großes Interesse der Symposiumsteilnehmer stieß.

Verworfen wurde auch die von den Justizministern vertretene These, der Arbeitsmarkt habe keine Aufgaben für Juristen ohne Staatsexamen: „Das Leben ist viel bunter, als wir Juristen uns das vorstellen können“, brachte es ein Teilnehmer auf den Punkt.

Erstmals wurde nun in Hamburg der Bologna-Prozess als Chance begriffen, die international angesehene juristische Ausbildung in Deutschland weiter zu verbessern. Die Politik wurde eindringlich aufgefordert, das Thema nicht mehr auf die lange Bank zu schieben. Weiter wurde angemahnt, dass es dabei nicht nur

um die Form, sondern auch um die Inhalte der Ausbildung und die Didaktik der Wissensvermittlung gehen müsse.

Die Veranstalter, der Hamburgische Anwaltverein und die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (AsJ) wollen die Diskussion um die Reform der Juristenausbildung weiter betreuen. Als erster Schritt wurde unter der Adresse www.reform-der-juristenausbildung.de eine Homepage ins Internet gestellt, auf der alle Informationen zum Thema und alle diskutierten Modelle ausführlich vorgestellt werden. Im nächsten Jahr soll auf einem Folgesymposium an den Erfolg des ersten Treffens angeknüpft werden.

Friedrich-Joachim Mehmel, der Vorsitzende der AsJ, zog eine positive Bilanz des Symposiums: "Die Botschaft an die Politik ist eindeutig: Die Chancen, die mit Bachelor und Master für die Juristenausbildung eröffnet werden, müssen jetzt genutzt werden."

Weitere Informationen zum Thema unter www.reform-der-juristenausbildung.de

Pressekontakt:

Claudia Conrad, Geschäftsführerin des HAV, Tel. 040 6116350
Friedrich-Joachim Mehmel, Vorsitzender AsJ-Hamburg, mobil 0160 94768095
Christiane Kuhrt, Law & Audit Public Relations, mobil 0171 4922541